

Antworten auf die Wahlprüfsteine für die International Campaign for Tibet (ICT) anlässlich der Europawahl 2024



Welche Konsequenzen sollten die weit verbreiteten und systematischen Menschenrechtsverletzungen, die von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) in Tibet begangen werden, für die Beziehungen zwischen der EU und China haben?

Wir verurteilen alle Menschenrechtsverbrechen in China, darunter Zwangsarbeitsmaßnahmen und die Assimilationspolitik in Tibet. Die EU sollte auf allen politischen Kontaktebenen mit China, besonders während der EU-China-Gipfeltreffen, diese Verbrechen thematisieren und China auffordern, die repressive Politik gegen ethnische und politische Minderheiten zu beenden. Wir fordern gezielte Sanktionen gegen verantwortliche Personen sowie die Prüfung, ob aus Tibet stammenden Produkte unter Zwangsarbeit hergestellt wurden. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen. Wir erwarten daher auch, dass China die entscheidenden Kernnormen der ILO ratifiziert.

Unterstützen Sie die Ausweitung der Sanktionen im Rahmen der globalen Menschenrechtssanktionsregelung der EU auf Personen und Einrichtungen, die für Menschenrechtsverletzungen in Tibet verantwortlich sind?

Ja. Wir fordern gezielte Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen in China verantwortlich sind.

Werden Sie Entschließungen des Europäischen Parlaments zu den Menschenrechtsverletzungen in Tibet unterstützen?

Ja. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik.

Werden Sie sich für die Wiedereinsetzung der Tibet Intergroup des Europäischen Parlaments für die Legislaturperiode 2024-2029 einsetzen?

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden uns für die Wiedereinsetzung der Gruppe einsetzen.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die chinesische Regierung dazu zu bewegen, den sino-tibetischen Dialog wiederaufzunehmen?

Nach öffentlichen Informationen ist dieser Dialog hinter den Kulissen wiederaufgenommen.

2023 hat das Europäische Parlament das chinesische Zwangsinternats-System in Tibet verurteilt. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie auf EU-Ebene, um den Schutz der Kinderrechte in Tibet und der tibetischen Kultur zu gewährleisten?

Das Europäische Parlament thematisiert Tibet in unterschiedlichen Formaten und wird sich auch in Zukunft in Resolutionen, Berichten und Anfragen an die Kommission für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Tibet einsetzen.

Werden Sie sich für einen gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union gegen die Einmischung der chinesischen Regierung in die Nachfolgeregelung des Dalai Lama einsetzen?

Wir unterstützen eine gemeinsame Position der EU und ihrer Mitgliedsländer gegenüber China. Wir verurteilen Handlungen der chinesischen Behörden, die die bildungspolitischen, religiösen, kulturellen und sprachlichen Rechte des tibetischen Volkes verletzen und die freie Auslebung der tibetischen Kultur und Identität bedrohen.

Was werden Sie auf EU-Ebene unternehmen, um EU-Bürger und Menschen, die vor der Verfolgung durch die chinesische Regierung geflohen sind, vor transnationaler Repression durch China zu schützen?

Wir fordern von der EU und den Mitgliedsländern, dass sie systematische Handlungen von transnationaler Unterdrückung identifizieren und unterbinden, auch im digitalen Bereich. Sogenannte chinesische "Polizeistationen" in Europa dürfen nicht geduldet werden. Die Kommission und der Rat sollten sich dafür einsetzen, dass Mitgliedsländer Kontaktstellen in relevanten Regierungsstellen einsetzen, um den Austausch mit Diasporagruppen zu fördern und diese zu unterstützen und zu schützen.